

## Communiqué de presse

---

### **Die Tripartite ist weg, die Probleme bleiben**

Die Fédération des Artisans bedauert, dass Regierung und Sozialpartner im Rahmen der Tripartiteverhandlungen keine Übereinkunft erreichen konnten. Gerade vor dem Hintergrund der Krise wäre es in den Augen des Handwerks wichtig gewesen, gemeinsame Entscheidungen zu treffen, um die öffentlichen Finanzen mittelfristig wieder ins Gleichgewicht zu bringen, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und das Wirtschaftswachstum sowie die Beschäftigung anzukurbeln. Durch den Widerstand der Gewerkschaften konnte keines dieser Ziele erreicht werden. Der Ball liegt nun bei der Regierung, dem Parlament und den Parteien, die in den Augen des Handwerks fernab von einer polemischen Aufbereitung der Thematik und parteipolitischem Geplänkel, Entscheidungen im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landes zu treffen haben.

### **Indexdiskussion: 42 Euro für dich – 380 Euro für mich – was ist daran sozial?**

Auch wenn das Handwerk wegen seiner Gehälterstruktur nur wenig durch diese Maßnahme entlastet würde, unterstützt es den Vorschlag des Staatsministers, die automatische Lohnindexierung zu deckeln. Luxemburg ist eine exportorientierte Wirtschaft, die das Geld, das wir für den Erhalt unserer Sozialsysteme brauchen, auf dem Weltmarkt verdienen muss. Auch wenn Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit von den Gewerkschaften und Teilen des politischen Spektrums als nebensächlich abgetan wird, ist sie doch Dreh- und Angelpunkt sämtlicher Aspekte der Politikgestaltung, sei es im Umwelt-, Sozial-, oder Bildungsbereich. Eine einheitliche Indextranche für jeden Arbeitnehmer würde die Kaufkraft langfristig absichern ohne unsere Wettbewerbssituation weiter zu verschlechtern. Darüber hinaus, wäre dies ein wichtiger Schritt im Sinne des sozialen Zusammenhalts, da das automatische Auseinanderdriften zwischen niedrigen und hohen Löhnen wenigstens etwas abgebremst wäre. In dieser Optik wäre es in den Augen des Handwerks auch logisch gewesen, die automatische Anhebung des Mindestlohnes in dieser angespannten Situation wenigstens vorübergehend auszusetzen, um die Beschäftigung im Niedriglohnssektor abzusichern.

### **Öffentliche Investitionen: Der Mehrwert für das Handwerk ist die Arbeit**

Das Handwerk begrüßt den Willen der Regierung, die öffentlichen Investitionen auf relativ hohem Niveau zu halten. Wenn weniger finanzielle Mittel zu Verfügung stehen, müssen diese besser eingesetzt werden. Der Mehrwert für einen Handwerkerbetrieb ist die

Arbeitskraft und nicht die sprichwörtlichen goldenen Wasserhähne. Durch eine bessere Planung, durch eine andere Materialwahl und eine durchdachtere Bauweise können die Kosten von Bauprojekten stark reduziert werden. Die Regierung und die Gemeinden sollten darüber hinaus ihre Aufträge so ausschreiben, dass mittelständische Unternehmen auch an diesen Ausschreibungen teilhaben können. Das Vergabegesetz sieht vor, dass Aufträge unter 55.000 Euro direkt an einen lokalen Handwerker ohne Ausschreibung vergeben werden können. Bis 103.000 Euro müssen drei Kostenvoranschläge eingeholt werden. Dieses Instrument zur Unterstützung des regionalen Handwerks wird von vielen Gemeinden immer noch nicht genügend genutzt. Hier müssten die Innen- und Nachhaltigkeitsminister noch etwas Überzeugungsarbeit leisten.

### **Renten- und Krankenversicherung: Vor der Mauer kommt das Loch**

Wesentliche Aspekte wurden im Rahmen der Tripartite gar nicht angesprochen. Sogar in Jahren, in denen Wirtschaft und Beschäftigung über 4 Prozent gewachsen sind, gelang es der Krankenkasse nicht, ausgeglichene Bilanzen vorzulegen. Für 2010 stopfte der Sozialversicherungsminister das 100 Millionen Loch in der Kasse mit einem mehr als umstrittenen Griff in die gesetzlich festgeschriebenen Reserven. Bei gleich bleibender Politik wird das Defizit der Gesundheitskasse bis 2012 300 Millionen Euro erreichen. In den Augen des Handwerks wäre es jetzt an der Zeit, um über Strukturreformen nachzudenken und das sicherlich vorhandene Einsparungspotenzial im Spitalwesen endlich zu nutzen, anstatt nur darüber zu reden.

Bei der Rentenversicherung ist die ominöse Mauer durch die Krise um 4 Jahre näher gerückt. Ab 2030 werden die Reserven aufgebraucht sein. Auch hier lässt sich eine Diskussion über die langfristige finanzielle Absicherung in den Augen des Handwerks nicht länger hinausschieben. Die Regierung muss auch in diesem Bereich ihre Verantwortung übernehmen.

### **Mittelstandspolitik und Bürokratieentlastung: Kostenpunkt Null – Potential enorm**

Mittelstandspolitik, in der die Bürokratieentlastung eine wesentliche Rolle einnimmt, wird immer wieder thematisiert und beschrieben, ohne dass es in der Praxis für die Betriebe zu spürbaren Erleichterungen kommt. Das Sparpotential und die potentielle wirtschaftliche Dynamisierung, die die Folge einer konsequenten Bürokratieentlastung wäre, würden die zaghaften Einsparungsversuche bei den öffentlichen Ausgaben wahrscheinlich um ein Vielfaches überschreiten. In den Augen des Handwerks wäre es an der Zeit, auch dieses Problem, nachdem jahrelang darüber geredet, zahlreiche konkrete Vorschläge unterbreitet, die zudem im Rahmen der Tripartite von 2006 beschlossen wurden, nun endlich anzugehen. Das gleiche gilt für die Niederlassungsmöglichkeiten für mittelständische Unternehmen, die zunehmend Probleme haben, geeignete Grundstücke zu erwerben, oder ihre Infrastruktur auszubauen. Der seit langem angekündigte sektorieller Plan über Gewerbegebiete lässt noch immer auf sich warten.